

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

Kommunen sind nicht primär Verwaltungen, sondern Orte, in denen die Menschen leben, wohnen und arbeiten. Deshalb müssen ihre Belange Ausgangspunkt für die Kommunalpolitik sein.

Kommunalpolitik hat den Blick auf die Wirklichkeit und die Folgen politischer Entscheidungen im Bund und in den Ländern. Würden die Erfahrungen ehrenamtlicher Politik direkt in die Gesetzgebung des Bundes einfließen und berücksichtigt werden, gäbe es qualitativ bessere Gesetze.

Starke Kommunen sind Voraussetzung für ein Mehr an Demokratie und umgekehrt.

Alle bisherigen Koalitionen standen für keine kommunalfreundliche Politik. Ihr Handeln hat unterm Strich zu weiteren Belastungen unseres Haushalts geführt.

Auch die Kämmerin Frau Schöder hat in ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts festgestellt, dass es nicht sein kann, dass Bund und Land für neue Aufgaben nicht die finanzielle Verantwortung tragen, und sie fordert unbedingt auf Konnexität zu achten.

„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben“ hat Albert Einstein gesagt.

Darum ist jede Kreistagsfraktion, deren Partei auch im Bundestag vertreten ist, gefragt, an ihre Abgeordneten zu appellieren beispielsweise aus Bundesmitteln eine kommunale Investitionspauschale zu schaffen oder Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen einzurichten.

Wieder muss der Kreis Konsolidierungsmaßnahmen durchführen, um einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Die Minderung des Ansatzes für den Erhalt von Kreisstraßen und die Reduzierung des Ansatzes für Bauunterhaltung bedeuten im Grunde „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, führen allerdings zu noch höheren Kosten in der Folge. Da kann aber Die Linke noch mitgehen.

Schwieriger wird es bei der globalen Kürzung von Personalaufwendungen, siehe Haushaltsvorbericht. Obwohl es neue Stellen für neue Aufgaben gibt, bedeuten Einsparungen am Personal immer eine Mehrbelastung für die Beschäftigten. Uns fehlt an dieser Stelle die detaillierte Aufstellung an welcher Stelle konsolidiert werden soll, welche Folgen das für die Aufgaben hat und letztendlich die Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Globale Kürzungen sind uns zu diffus.

Im Haushaltsvorbericht können wir lesen, dass bei den Kosten der Unterkunft konsolidiert werden soll. Die Nebenkostenabrechnungen werden überprüft. Auf unsere Nachfrage wurde zugesichert, dass die Betroffenen Hilfe bekommen, damit sie nicht auf falschen Abrechnungen sitzen bleiben.

Wir werden das kritisch begleiten ebenso die immer noch ausstehende Erstellung des längst überfälligen neuen grundsicherungsrelevanten Mietspiegels. Diese Verzögerung geht zu Lasten der Betroffenen.

Der Haushalt zeigt im Bereich der Hilfe zur Pflege ein Defizit von 24,9 Millionen. Frau Schöder konstatierte als Ursachen die älter werdende Gesellschaft und die Verbesserung von Standards, wobei sie auch Letzteres nicht in Frage stellt.

Wir meinen, dass insbesondere der sogen. demografische Faktor als unabänderliches Faktum herangezogen wird und dabei erhebliche weitere Gründe außen vor bleiben.

Eine nichtauskömmliche Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung zu konzipieren war schon eine Milchmädchenrechnung. Das nunmehr vorliegende Pflegestärkungsgesetz birgt grundlegende Fehler. Ein Teil des Geldes der Beitragszahlenden soll in einen kapitalgedeckten Vorsorgefonds angelegt werden, was im Klartext bedeutet, dass das Geld abgezweigt wird, um es auf die Finanzmärkte zu werfen.

Jeder Euro, der in den Kapitalstock einfließt, fehlt heute für eine menschenwürdige Pflege.

Menschenwürdiges Leben bedeutet mehr, als satt und sauber im Bett zu liegen. Es heißt auch, dass die Betroffenen selber bestimmen können, wie sie ihren Alltag regeln.

Prekäre Arbeit im Erwerbsleben führt zur Altersarmut, die Pflegeversicherung reicht nicht aus und der Kreis muss die Finanzierung übernehmen, wenn es zur Pflegebedürftigkeit kommt.

Da gilt dann das Credo der häuslichen Versorgung. Wir wissen aber auch alle, dass die Häusliche Pflegearbeit oft von den Töchtern, Ehefrauen und Schwiegertöchtern übernommen wird. Kurzum von Frauen, die dafür viel in Kauf nehmen: Gehaltseinbußen, Verluste bei den Rentenanwartschaften, Verzicht auf Freizeit und vielleicht wiederum die Gefahr im Alter selbst arm zu sein. Sie haben mehr verdient als Lobesworte in Sonntagsreden.

Pflege gehört nicht an den Rand der Gesellschaft, sondern in ihre Mitte. Pflege gehört in die gemeinsame Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Damit sind wir einmal mehr bei der medizinischen Versorgung im Kreis Minden-Lübbecke als einem weiteren Teil der Daseinsvorsorge.

Die Ergebnisse der Mühlenkreiskliniken stellen sich positiv dar, die Verwaltungsratsmitglieder wissen das, in der Presse war es auch zu lesen. Dafür wurde der ehemalige Vorstandsvorsitzende bei seiner Verabschiedung gefeiert.

Das könnte alles so schön sein oder wie es das MT neulich genannt hat „Friede, Freude, Eierkuchen“. Ist es aber nicht!

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende äußerte sich gegenüber der Presse im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Mitarbeiterinnen für die guten Ergebnisse einen hohen Preis gezahlt haben. Er sagte, dass es in den MKK eine kleine Gruppe Beschäftigter gäbe, die eine Kultur des Beklagens pflege.

Meine Damen und Herren, das ist ein Affront gegen die Beschäftigten und ein ganz schlechter Stil. Wer dem Glauben schenkt, malt sich die Welt wie sie ihm gefällt. Fragen Sie doch einmal nicht die Abteilungsleiter, deren ersten und zweiten Stellvertreter, die Referenten und Assistenten der Referenten oder die Stellvertreter der Assistenten!

Fragen Sie doch diejenigen, die unsere Patienten fahren, pflegen, verwalten, therapieren, beköstigen, operieren, ihre Zimmer reinigen, die Kosten richtig abrechnen, Kaputttes reparieren, die Patienten behandeln, ihnen bei schweren Erkrankungen zurück ins Leben helfen, die Angehörigen trösten, Kinderleben retten und als Auszubildende das alles lernen.

Diese Menschen hätten sich alle Boni verdient!

Sie könnten das alles in jeder Verwaltungsratssitzung erfahren, wenn die Vertreter der Beschäftigten dort beratend teilnehmen könnten. Nichts anderes haben wir hier im Kreistag beschlossen. Dass eine andere Auffassung der Bezirksregierung dazu so hingenommen wird, enttäuscht uns. Wir regen an, sich dennoch erneut selbstbewusst mit einer Satzungsänderung zu beschäftigen.

In den MKK wird gerne der Patient als Kunde bezeichnet, obwohl kranke Menschen das in Wirklichkeit ja gar nicht sein können. Dennoch hat Hr. Dr. Bracht in seinem Abschlussinterview konstatiert, dass sie eine gestiegene Anspruchshaltung einnehmen.

Das birgt eine gewisse Inkongruenz in der Argumentationskette, denn angesichts der immer weiter schwindenden Präsenz hausärztlicher Versorgung in der Fläche suchen nun mal mehr Menschen die MKK als Anlaufstelle auf. Die kommende Problematik der Hausärztlichen Versorgung hat Die Linke schon mehrmals angesprochen und auch Vorschläge gemacht.

Darum begrüßen wir ausdrücklich die Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern an den MKK, um diese eventuell durch den berühmten „Klebeeffekt“ an unsere Region zu binden. Ob dieser denn auch eintreten wird, ist aber in den Fachkreisen umstritten.

Wir haben nachgefragt, welche finanziellen Mittel das Bieterverfahren erforderlich gemacht hat und wer die Kosten trägt. Antworten gab es nicht und im Kreishaushalt findet sich das auch nicht. Also wurden wohl die Kosten dafür aus dem laufenden Geschäft der MKK finanziert! Das Land will sich mit 6 Millionen für die MKK und Herford an der Ausbildung beteiligen. Wir fragen, ob das ausreichend ist.

So sieht es auch Martin Eversmeier, Vorstand des Klinikum Herford, denn er äußerte gegenüber Radio Herford, dass „natürlich die Kosten steigen werden. Aber im Verbund mit Minden sei das zu schaffen“. Der Lippischen Landeszeitung vom 13.02. ist zu entnehmen – ich zitiere – „dass die Krankenhäuser einen größeren Teil der Kosten selbst tragen sollen, für die anfänglich noch das Land geradestehen wollte. Dabei ging es unter anderem um Mittel für Baumaßnahmen“.

Aus unserer Sicht sollten diese Mittel vom Kreis bereit gestellt werden, weil der Universitätsstatus unisono politischer Wille ist und es nicht sein kann, dass dieses allein von den MKK gestemmt werden soll.

Zu guter Letzt wird auch noch mit einer Änderung der Rechtsform für die MKK liebäugelt. Meine Damen und Herren, wir alle hier im Kreistag ziehen die öffentliche Trägerschaft doch vor und stehen dazu. Ich denke, wir werden das auch weiterhin tun.

Das muss erklärtes Ziel der Kreistagspolitik sein. Und damit sind wir auch bei den zukünftigen Zielen der Haushaltspolitik, die Verwaltung und Politik gemeinsam vereinbaren wollen. Es gilt, in der Zukunft neue Wege einzuschlagen. Die Gruppe die Linke beteiligt sich daran gern.

Für den Haushalt 2015 haben wir keine Veränderungsvorschläge gemacht. Aber aus genannten Gründen, die die Konsolidierungsvorschläge betreffen, können wir auch nicht zustimmen. Im Leben gibt es nun einmal nicht nur schwarz oder weiß. So wird sich Die Linke zum Haushalt enthalten.

Vielen Dank